

12. Sitzung

des Kreisausschusses

Tag der Sitzung

27.07.2015

ORT DER SITZUNG

Kelheim

VORSITZENDER: Dr. Hubert Faltermeier

ZAHL ALLER AUSSCHUSSMITGLIEDER: 12 Kreisräte (zzgl. Landrat)

**NAMEN DER ANWESENDEN UND
STIMMBERECHTIGTEN KREISRÄTE:**

Dr. Bastian Bohn, 93326 Abensberg
Dr. Uwe Brandl, 93326 Abensberg
Edgar Fellner, 84048 Mainburg
Andreas Kreitmeier, 84048 Mainburg
Siegfried Lösch, 93339 Riedenburg
Jörg Nowy, 93343 Essing
Christian Prasch, 93309 Kelheim

Vertretung für Herrn Willi Dürr

Thomas Reimer, 93333 Neustadt/Donau

Vertreter für Herrn Wolfgang Gural
verließ bei TOP 3 n.ö.T. um 16.05
Uhr die Sitzung

Josef Reiser, 84048 Mainburg

kommt bei TOP 4 ö. T. um 14.13
Uhr

Peter-Michael Schmalz, 84085 Langquaid

verließ bei TOP 3 n.ö.T. um 16.03
Uhr die Sitzung

Karl Zettl, 93333 Neustadt/Donau
Richard Zieglmeier, 93326 Abensberg

verließ bei TOP 3 n.ö. T. um 16.05
Uhr die Sitzung

FEHLENDE KREISRÄTE:

Willi Dürr, 93351 Painten
Wolfgang Gural, 93326 Abensberg

SCHRIFTFÜHRER: Verw.-Angestellte Sonja Endl

AUSSERDEM WAREN ANWESEND:

ORRin Astrid Heuberger, Geschäftsleiter Johann Auer, Kreiskämmerer Reinhard Schmidbauer, Stellv. Kreiskämmerer Thomas Stadler, Stellv. Pressesprecherin Sonja Endl, Techn. Ang. Andreas Fischer, RARin Elisabeth Funk, V.Ang. Christine Gierstorfer, VR Otto Pilz, Geschäftsführer Klaus Blümhuber, Klimaschutzmanagerin Christine Götz;
Bei TOP 3 n. ö. T. RRin Monica Brandl

BESCHLUSSFÄHIGKEIT NACH ART. 41 ABS. 2 LKRO WAR GEGEBEN.

Die Sitzung war öffentlich - nicht öffentlich

1. Gebietsänderung zwischen dem Lkr. Kelheim und Landkreis Pfaffenhofen im Bereich der KEH 36
2. Goldberg-Klinik Kelheim GmbH;
Defizitausgleich für das Jahr 2013 (restliche Zahlung) und Abschlag für 2014
3. Ilmtalklinik GmbH Pfaffenhofen (ITK) mit Krankenhaus Mainburg;
Defizitausgleich (restliche Zahlung) für das Jahr 2014 und Abschlag 2015
4. Pädagogische Qualitätsbegleitung in den gemeindlichen Kindertagesstätten im Landkreis Kelheim
5. Regionalmanagement im Landkreis Kelheim für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis 31.12.2018
6. Frauen helfen Frauen e. V.; Antrag auf Ausweitung des Beratungsangebotes auf eine Vollzeitstelle
7. Sonstige Kreisangelegenheiten

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Kreisausschusses am 27.07.2015, 14:00 Uhr, im kleinen Sitzungssaal des Landratsamtes Kelheim (Zi. Nr. 22).

Landrat Dr. Faltermeier eröffnete die Sitzung. Gegen die Ladung und die Tagesordnung wurden keinerlei Einwendungen erhoben.

Beschluss-Nr. 634: Gebietsänderung zwischen dem Lkr. Kelheim und Landkreis Pfaffenhofen im Bereich der KEH 36

Techn. Ang. Andreas Fischer erläutert den Tagesordnungspunkt. Die Kreisstraße KEH 36, welche sich an der Landkreisgrenze zu Pfaffenhofen befindet, weist eine Gesamtlänge von rund 16 m auf. Im Zuge des Neubaus der PAF 16 sowie des Anschlussbereiches der Staatsstraße St 2233 wurde nach Fertigstellung der Baußmaßnahme festgestellt, dass sich im Zuge der Kreisstraße PAF 16 dieses 16 m lange Straßenstück im Landkreis Kelheim befindet. Mit der Verkehrsübergabe der PAF 16 am 16.11.1984 wurde dieses Straßenstück zur Kreisstraße KEH 36 gewidmet. In einer Vereinbarung zwischen dem Landkreis Kelheim und dem Landkreis Pfaffenhofen wurde vereinbart, dass für eine Pauschale von jährlich 100 DM (51,13 €) der Landkreis Pfaffenhofen den Unterhalt für dieses kurze Kreisstraßenstück mit übernimmt. Vor kurzem wurde festgestellt, dass für die Stromtrasse, welche über die KEH 36 verläuft, keine vertragliche Grundlage besteht, sondern nur für die PAF 16. Somit müsste für dieses 16 m lange Straßenstück ein Gestattungsvertrag mit den Bayernwerken abgeschlossen werden. Auch bei einem künftigen Kreuzungsausbaue der St 2233, der KEH 36 und der PAF 16 wäre der Landkreis Kelheim Kreuzungspartner und müsste sich an den Kosten beteiligen, jedoch hätte dieses kurze Straßenstück keinerlei Verbindungsfunktion. Daher soll auf Anregung von der Regierung von Niederbayern zur Verwaltungsvereinfachung eine Gebietsänderung durchgeführt werden. Von seiten des Landkreises Pfaffenhofen wurde eine positive Stellungnahme übermittelt, der Kreisausschuss des Landkreises Pfaffenhofen hat bereits in seiner Sitzung am 06.07.2015 dieser Gebietsänderung zugestimmt. Kreisrat Schmalz gibt zu Bedenken, dass der Landkreis Kelheim dadurch wieder ein Stück an den Nachbarlandkreis Pfaffenhofen verliert. Landrat Dr. Faltermeier entgegnet, es handelt sich im vorliegenden Fall um 4.400 m², in der Vergangenheit wäre entlang der Bundesstraße B 16 ein Teil abgetreten worden. Es ergeht folgender

eschluss:

Der Kreisausschuss des Landkreises stimmt der Gebietsänderung zwischen dem Landkreis Kelheim und dem Landkreis Pfaffenhofen zu. Aus dem Landkreis Kelheim werden die Flurstücke Flur-Nr. 990/5, 990/32 und 995 Gemarkung Schwaig ausgegliedert und werden in den Landkreis Pfaffenhofen eingegliedert. Somit geht die Kreisstraße KEH 36 in die Bau- und Unterhaltslast des Landkreises Pfaffenhofen über. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Einleitung des Gebietsänderungsverfahrens bei der Regierung von Niederbayern zu stellen.

Dafür: 12 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 635: Goldberg-Klinik Kelheim GmbH;
Defizitausgleich für das Jahr 2013 (restliche Zahlung) und
Abschlag für 2014

Kreiskämmerer Schmidbauer erläutert den Tagesordnungspunkt, der die Zustimmung zur Auszahlung der Jahresfehlbeträge für die Goldberg-Klinik Kelheim GmbH beinhaltet. Für das Geschäftsjahr 2013 steht bislang noch ein Rest-Zuschussbedarf in Höhe von 98.163,87 € zum Ausgleich im Haushaltsjahr 2015 aus. Dies sei in den Kreisgremien in der Vergangenheit bereits berichtet worden. Bislang wurden zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 ein Abschlag in Höhe von 500.000,00 € auf den Gesamtbetrag in Höhe von 598.163,87 € geleistet. Bereits in der Sitzung des Gesundheitsausschusses und in der letzten Kreisausschusssitzung vom 29.06.2015 erläuterte Frau Geschäftsführerin Dagmar Reich den Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von 592.765,52 €. Für den Jahresfehlbetrag 2014 wird ein Abschlag in Höhe von 500.000,00 € im Haushaltsjahr 2015 geleistet. Es ergeht folgender

eschluss:

1. Der Landkreis Kelheim gleicht den restlichen Jahresfehlbetrag/
Zuschussbedarf des Geschäftsjahres 2013 der Goldberg-Klinik Kelheim GmbH in Höhe von 98.163,87 € im Haushaltsjahr 2015 aus.
2. Der Landkreis Kelheim gleicht den verbleibenden Jahresfehlbetrag/ Zuschussbedarf des Geschäftsjahres 2014 der Goldberg-Klinik Kelheim GmbH in Höhe von 592.765,52 Euro im Haushaltsjahr 2015 mit 500.000,00 € und im Haushaltsjahr 2016 mit 92.765,52 € aus.

Im Haushaltsjahr 2016 werden für den restlichen Defizitausgleich 2014 100.000,00 € veranschlagt.

Über die weiteren erforderlichen Haushaltsmittel für einen zu erwartenden Defizitausgleich für das Jahr 2015 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 entschieden (Abschlag bzw. Komplettausgleich im jeweils nächsten oder übernächsten Jahr).

Dafür: 11 Dagegen: 1

Beschluss-Nr. 636: Ilmtalklinik GmbH Pfaffenhofen (ITK) mit Krankenhaus
Mainburg;
Defizitausgleich (restliche Zahlung) für das Jahr 2014 und
Abschlag 2015

Kreiskämmerer Schmidbauer erläutert den Tagesordnungspunkt, der die Zustimmung zur Auszahlung des Defizitausgleichs (restliche Zahlung für das Jahr 2014) und den Abschlag für das Jahr 2015 beinhaltet. Sowohl im Gesundheitsausschuss als auch in der letzten Kreisausschusssitzung wurde von Geschäftsführer Dr. Marcel John der Jahresfehlbetrag 2014 erläutert. Der Anteil des Landkreises Kelheim am Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2014 beträgt 470.587,04 € (15 % Beteiligung des Landkreises Kelheim). Abzüglich des bereits geleisteten Abschlags in Höhe von 294.057,36 € verbleibt ein noch auszugleichender Betrag für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 176.529,68 €. Vom Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 18.06.2015 wurden bereits einstimmige Empfehlungsbeschlüsse gefasst. Zur Sicherung der Liquidität der Ilmtalklinik GmbH wird für den zu erwartenden Verlustausgleich des Geschäftsjahres 2015 eine Abschlagszahlung in Höhe von 340.000,00 € geleistet. Es ergeht folgender

eschluss:

1. Der Jahresfehlbetrag der ITK für das Geschäftsjahr 2014 beträgt 3.137.246,96 €. Der Landkreis Kelheim gleicht den restlichen anteiligen Jahresfehlbetrag (15 % = 470.587,04 €) des Geschäftsjahres 2014 der ITK in Höhe von **176.529,68 €** im Haushaltsjahr 2015 aus.
2. Zur Sicherung der Liquidität der ITK wird eine Abschlagszahlung in Höhe von **340.000,00 €** für den zu erwartenden Verlustausgleich des Geschäftsjahres 2015 geleistet (Haushalt 2015).
3. Über die erforderlichen Haushaltsmittel für die Zahlung eines weiteren vorläufigen bzw. anteiligen Defizitausgleich für das Geschäftsjahr 2015 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2016 und entsprechend der Liquiditätsplanung der ITK zum Wirtschaftsplan 2016 beraten bzw. entschieden (weiterer Abschlag/Liquiditätssicherung bzw. Komplettausgleich im jeweils nächsten bzw. übernächsten Jahr).

Dafür: 10 Dagegen: 2

Beschluss-Nr. 637:	Pädagogische Qualitätsbegleitung in den gemeindlichen Kindertagesstätten im Landkreis Kelheim
--------------------	---

RARin Elisabeth Funk erläutert den Tagesordnungspunkt. In einem Modellversuch „Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertagesstätten“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration soll ein Qualitätsbegleiter (QB) mit akademisch-pädagogischer Ausbildung mehrmals jährlich die Kitas aufsuchen. Aufgaben des Qualitätsbegleiters wären Inhouse-Seminare zur Qualitätsverbesserung der Kitas, Teamfortbildung, Coaching, Supervision usw..

Angestellt wäre der QB beim Landkreis, die Personalkosten würden mit 90 % staatlicher Beteiligung bezuschusst. Die Kommunen im Landkreis wurden über eine mögliche Zusammenarbeit mit einem Qualitätsbegleiter angeschrieben und befragt. Der Rücklauf war eher zurückhaltend. Bisher haben sich von den niederbayerischen Kommunen nur 4 für das Modellprojekt entschieden. Da diese Projekte erst vor kurzem angelaufen sind, liegen noch keine Erfahrungsberichte vor. Frau Funk führt weiter aus, dass der Landkreis Kelheim bereits seit Jahren im Rahmen der Jugendhilfe nach § 22 SGB VIII eine Personalqualifizierung für Kinderbetreuung mit einem jährlichen Budget in Höhe von rund 4.500,00 € leistet. Zudem seien die Einrichtungen trägerübergreifend untereinander sehr gut vernetzt. In Arbeitskreisen werden Fachfragen rechtlich oder pädagogisch umfassend aufbereitet und diskutiert. Zudem zeichnen sich alle Einrichtungen bereits durch eine hohe Qualität aus (z. B. Zuschlag für überlange Öffnungszeiten). Landrat Dr. Faltermeier ergänzt, dass in den Kindertagesstätten bereits eine hohe Qualität vorhanden ist. Kreisrat Dr. Brandl bedankt sich bei Frau Funk für das positive Fachreferat und führt aus, dass das eingesetzte Personal in den Kitas von seiten der Gemeinden niemals alleine gelassen wird und die vorhandenen, bewährten Strukturen funktionieren. Daher bestehe nach seiner Meinung kein Bedarf für einen Qualitätsbegleiter. Es ergeht folgender

eschluss:

1. Der Landkreis Kelheim beteiligt sich nicht am Modellversuch „Pädagogische Qualitätsbegleitung in Kindertagesstätten“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.
2. Die Angebote der Fachberatung des Landratsamtes Kelheim zum Qualitätsmanagement in Kindertagesstätten werden in der bisherigen Form fortgeführt.

Dafür: 13 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. 638: Regionalmanagement im Landkreis Kelheim für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis 31.12.2018

Der Leiter der ARGE Regionalentwicklung Klaus Blümlhuber erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Powerpointpräsentation. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, Landesentwicklung und Heimat hat neue Förderrichtlinien für das Regionalmanagement verabschiedet. Zukünftig gilt ein erhöhter Fördersatz von 60 % statt bisher 50 %. Das bisherige Klimaschutzmanagement soll nach dem 28.02.2016 daher als Regionalmanagement weitergeführt werden. Schwerpunktthemen sollen neben „Klima“ die „Gesundheitswirtschaft/medizinische Betreuung“ und „Barrierefreies Leben“ sein. Positive Signale kamen bereits vom Staatsministerium und von der Regierung von Niederbayern bezüglich der Förderfähigkeit. Die Gewichtung liegt bei 60 % für den Bereich Klimawandel und Energie, 40 % für den Bereich Demografischer Wandel (30 % für Gesundheitswirtschaft und 10 % für Barrierefreiheit). Klaus Blümlhuber erläutert das entwickelte

Handlungskonzept, das in drei Projektbereiche unterteilt ist. Das Projekt KreativKlima Landkreis Kelheim sieht eine Solaroffensive im Landkreis Kelheim und eine Sanierungsoffensive im Hinblick auf Solarnutzung für ältere Eigenheime vor. Das Projekt Demografischer Wandel sieht zum einen die Unterstützung von klein- und mittelständischen Unternehmen bei der Umsetzung von Gesundheitsmanagementsystemen vor, desweiteren soll das barrierefreie Leben und Wohnen im Landkreis Kelheim weiter vorangetrieben werden. Der Kostenplan zur Finanzierung des Handlungskonzeptes liegt vor. Klaus Blümhuber fügt noch an, dass das Klimaschutzmanagement sehr erfolgreich Fördermittel in Höhe von 250.000,00 € für die Sanierung des Gebäudes in Abensberg (Jobcenter) akquiriert hat. Landrat Dr. Faltermeier bedankt sich bei Herrn Blümhuber für die Erläuterung der Eckpunkte des Handlungskonzeptes. Kreisrat Dr. Bohn führt aus, dass die aufgezeigten drei Projektbereiche viele gute Ideen beinhalten und gute Maßnahmen beschrieben sind. Allerdings bezweifelt er, wieviel davon realistisch umgesetzt werden kann. Weiter führt er aus, dass mit den gesteckten Zielen im Bereich Klima nur ein geringer Teil der Bevölkerung angesprochen werden kann. Im Handlungsfeld Gesundheitsbereich sehe er zwar einen interessanten Ansatz, aber er bezweifelt, dass eine einzelne Arbeitskraft einen so immens hohen Aufwand z. B. bei Erstellung einer zentralen medizinischen Datenbank mit der Verarbeitung hochsensibler Daten bewältigen kann. Er sei vom Gesamtprojekt nicht überzeugt und immerhin gehe es um über 400.000,00 €. Für Kreisrat Zieglmeier sei die Gewichtung 60 % für Klimaschutz ein starkes Argument, da auch schon bei der Vorstellung der Energienutzungspläne für Gemeinden dem Landkreis im Hinblick auf Solar, Wärme und Energie noch ein Potential von 50 % ausgesprochen wurde. Allerdings sind seiner Meinung nach schon Solarkataster erstellt worden und man müsse das Rad nicht neu erfinden. Damit die erstellten Energienutzungspläne von den Gemeinden auch weiterverfolgt und umgesetzt werden können, hält Kreisrat Zieglmeier es allerdings für wichtig, dass dies ein „Kümmerner“, also die Klimaschutzmanagerin, weiterhin begleitet. Herr Blümhuber antwortet hierzu, dass diese Umsetzung der Energienutzungspläne dann auch vom Regionalmanagement übernommen würde.

Kreisrat Nowy merkt an, dass es sicher ehrgeizige Ziele sind, die hier angestrebt werden. Viele Maßnahmen und Projekte sind bereits genutzt worden und vieles wurde schon umgesetzt. Er ist zuversichtlich, dass auch hier wieder Positives erreicht wird. Kreisrat Reimer stimmt Kreisrat Nowy zu. Die Grundlagenarbeit ist wichtig, später können Details nachkorrigiert werden. Es liegt hier ein Konzept mit guten Anreizen vor. Kreisrat Dr. Brandl führt aus, dass es sich hier um freiwillige Leistungen handelt. Es passiere bereits auf kommunaler Ebene schon sehr viel. Beim Neubau von Eigenheimen gibt es bereits neue Energie-Richtlinien und Maßstäbe, im Sanierungsbereich könne man die Bürger nur mit Steuervergünstigungen dazu bewegen. Im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen und die ernste Situation der Kliniken mahnt er vor einem Neueinstieg in derartige Projekte und eine Kostenlawine im freiwilligen Bereich. Er sehe eine Kostenauswirkung auf die Kommunen und appelliert an die Kreisräte, hier auch im Hinblick auf die Kreisumlage den Rotstift anzusetzen. Im Bereich Telemedizin gäbe es bereits Beispiele in Städten wie Ingolstadt, die zeigen, dass dies auch ohne Regionalmanagement gehe. Landrat Dr. Faltermeier entgegnete, dass über freiwillige Leistungen immer diskutiert werden kann, aber Lösungen für brennende Themen wie Klima und Demografie gibt es nicht zum Nulltarif. Man kann es sein lassen oder man wagt es zu investieren, aber der

Landkreis sollte zukunftsfähig gehalten werden. Kreisrat Schmalz hinterfragt das vorliegende Konzept aus seiner ökologischen Sicht und sieht ähnlich wie Kreisrat Dr. Brandl, dass es einige Handlungsfelder längst schon gibt und daher sollte nicht nochmals Geld dafür ausgegeben werden. Dass sowohl das Thema Klima als auch die Inklusion vorgesehen sei, ist für ihn als aktives Mitglied im Sozialforum wiederum ein Argument. Vehement wehrt er sich allerdings zum Gesundheitskataster und Telemedizin. Er sei ein strikter Gegner der digitalen Gesundheitskarte und der Erfassung und Speicherung von persönlichen Daten. Hierzu möchte er wissen, welche Daten genau erfasst werden. Landrat Dr. Faltermeier erwidert, dass man bei der Sicherheit hochsensibler Gesundheitsdaten nicht bei der Stunde null beginnt und der Landkreis kein Interesse an diesen Daten hat. Ein Austausch von medizinischen Daten findet ohnehin schon statt. Es könne ein Verbund bzw. eine Vernetzung der Ärzte der Grundversorgungsstufe mit den höherstufigen Kliniken stattfinden. Dies käme auch den Patienten zugute und Mehrfachuntersuchungen würden entfallen. Landrat Dr. Faltermeier sichert Kreisrat Schmalz zu, dass in der Niederschrift der Zusatz „Auf höchstes datenschutzrechtliches Niveau wird Wert gelegt“, mit aufgenommen wird. Kreisrat Kreitmeier möchte wissen, wieviel von den geplanten Kosten an Serviceleistungen im Landkreis Kelheim bleiben würden. Herr Blümlhuber antwortet, dass Ausschreibungen vorgenommen werden, und die besten Partner dann ausgewählt und engagiert werden. Kreisrat Fellner bemängelt, dass zum Thema Gesundheitswirtschaft nur Unternehmer und keine Arbeitnehmer berücksichtigt sind. Das gesamte Projekt sei sehr umfangreich und er sei skeptisch, ob das eine Arbeitskraft alles in der vorgegebenen Förderphase umsetzen kann, aber man könne es probieren. Kreisrat Zettl merkt an, dass mit den geplanten Projekten dem Klima nicht viel geholfen wird, aber dennoch könne einiges bewegt werden.

Es sollte die Entscheidung über das gesamte Projekt vertagt werden. Dem erwidert Landrat Dr. Faltermeier, dass in dieser Sitzung eine Entscheidung gefällt werden muss, da diese bereits in der Vergangenheit vertagt wurde. Das Gesamtprojekt umfasst eine große Bandbreite, aber es sei ein selbstlernendes Programm. Er schlägt vor, dass nach einem gewissen Zeitablauf ein Bericht vorgelegt wird, in dem die Schwerpunktsetzungen nochmals behandelt werden und Gewichtungen eventuell nachkorrigiert werden. In den Abstimmungsvorschlag wird der Zusatz mit aufgenommen, dass nach einem gewissen Erfahrungszeitraum ein Bericht zu liefern ist. Es ergeht folgender

eschluss:

1. Der Kreisausschuss stimmt zu, dass alle notwendigen Schritte zur Vorlage eines Förderantrags beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Landesentwicklung und Heimat eingeleitet werden und im Falle der Bewilligung ein Regionalmanagement im Landkreis Kelheim eingerichtet wird.
2. Im Haushaltsplan/Finanzplan 2016 fortfolgende werden die entsprechenden Haushaltsmittel laut Kosten-/Finanzierungsplan eingestellt.

Nach einem bestimmten Erfahrungszeitraum ist ein Bericht vorzulegen.

Dafür: 10 Dagegen: 3

Beschluss-Nr. 639: Frauen helfen Frauen e. V.; Antrag auf Ausweitung des Beratungsangebotes auf eine Vollzeitstelle

V.Ang. Christine Gierstorfer erläutert den Antrag der Stadt Regensburg auf Beteiligung der Finanzierung der pro-aktiven Beratungsstelle von Frauen helfen Frauen e. V.. Das bisher bereits unter Beteiligung der Kommunen der Region 11 (Landkreise Cham, Kelheim, Neumarkt, Regensburg und Stadt Regensburg) bestehende Beratungsangebot von einer 0,5 Stelle soll ab dem 01.01.2016 mit einer Vollzeitstelle abgedeckt werden. Durch die staatliche Förderung und eines Eigenanteils des Trägers bleiben für die Kommunen die für 2016 bereits festgesetzten Grundkostenpauschalen gleich. Landrat Dr. Faltermeier fügt hinzu, dass die Kosten für den Landkreis Kelheim gleich bleiben, das Beratungsangebot jedoch erweitert wird. Es ergeht folgender

eschluss:

Gegen die Erhöhung der bisherigen 0,5 Stelle in eine Vollzeitstelle werden keine Bedenken erhoben, wenn die dauerhafte Finanzierung durch den Staat in Höhe einer 62,5% Stelle (25 Stunden) und eines 10%-igen Eigenanteils des Trägers an den Gesamtkosten der Interventionsstelle sichergestellt ist und sich in der Folge dadurch keine Mehrkosten für den Landkreis Kelheim ergeben.

Dafür: 13 Dagegen: 0

Beschluss-Nr. : Sonstige Kreisangelegenheiten

Keine Wortmeldung.

Die Sitzung war um 16:10 Uhr beendet.

Landrat

Protokollführer

Dr. Faltermeier

Endl